

Aus dem Inhalt:

Erfahrungen eines PES-Lehrers

Der Lehrerberuf kann hart sein

Seite 4

Mathematik, Physik und Informatik

Von Lehrermangel und Mangelfächern

Seite 5

Höchste Priorität

Dem Unterrichtsausfall entgegenwirken

Seite 6

Ich bin der Meinung Komma dass

das Gymnasium genauso gut versorgt werden muss wie ...

Seite 11

Editorial

Das gibt's doch gar nicht....

könnte man denken. Mit dem Ende der Sommerferien sind einige rheinland-pfälzische Schulen in ein neues Schuljahr gestartet ohne zu wissen, mit wie vielen und mit welchen Lehrern sie ihre vorgeschriebene Stundentafel erfüllen sollen. In der „Bildungsrepublik Deutschland“ kommt es immer wieder zu spürbarem Unterrichtsausfall. Eltern, Lehrer und sogar Schüler beschwerten sich. Zurecht! Bürgerinitiativen, Verbände und Parteien greifen das Thema auf. Was ist da passiert? Eigentlich war uns Eltern doch bei zurückgehenden Schülerzahlen ein Lehrerüberhang prognostiziert worden? Und wie groß ist der Stundenausfall überhaupt?

Wer auf jede dieser Fragen eine einfache Antwort erwartet, der wird von dieser Ausgabe unserer Elternzeitung möglicherweise enttäuscht sein. Zu komplex ist die Materie, zu unklar die Datenlage. Für die betroffenen Eltern ist jede ausgefallene Schulstunde ein Ärgernis. Weniger eindeutig sind die Ursachen für den spürbaren Unterrichtsausfall zu Beginn des neuen Schuljahres. Was können wir unseren Lesern, den vielen engagierten Eltern, dennoch an Mehrwert bieten?

Zum Beispiel einen etwas anderen Blick auf die Ursachen. Der stellvertretende Landeselternsprecher Ralf Quirbach macht in seinem Artikel ganz konkrete Vorschläge, wie Schulen einen drohenden Unterrichtsausfall verhindern können. In dem sie sich beispielsweise rechtzeitig um ein geeignetes Vertretungskonzept bemühen. Oder um eine langfristige schulorganisatorische

Jahresplanung. Und in dem sie Konferenzen oder Elternsprechtage auf Samstage oder Abendtermine legen. Beim Lesen des Artikels wird einem schnell klar, dass so mancher Unterrichtsausfall nicht strukturell begründet, sondern hausgemacht ist.

Einen tieferen Einblick in die komplexe Materie Unterrichtsversorgung liefern unsere Antworten auf häufig gestellte Fragen. Hier lernen sie den Unterschied zwischen Stundenplan und Stundentafel kennen und warum die Klassenmessenzahl so wichtig bei der Berechnung der Lehrerwochenstundenzuweisung ist.

Der Landeselternbeirat ist enttäuscht darüber, dass gerade der im Wahlkampf von den beiden Regierungsparteien mehrfach betonten Verbesserung der individuellen schulischen Förderung durch zu geringe Lehrerruhestunden der Boden entzogen wird. Der LEB-Vorsitzende Rudolf Merod spießt diese Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und Realität in seinem Kommentar am Beispiel der Schulform Gymnasium auf.

Von Lehrermangel und Mangelfächern handelt der Beitrag von Doris Tatsch-Schmieden. Darin wird deutlich, dass es den oft beschworenen Lehrermangel vor allem in ganz bestimmten Fächern gibt, nämlich in den naturwissenschaftlichen, technischen Bereichen. Hier ist die Politik in besonderer Weise gefordert, auch mit unkonventionellen Methoden den dringend benötigten Nachwuchs für den Beruf des Lehrers zu begeistern.



Helmut Riedl,
Sprecher des Redaktionsausschusses
helmut-riedl@web.de

„Lernen fürs Leben - Wie lassen sich Schulleistungen effektiv fördern?“ so lautet das Motto des Landeselternrats 2011 in Enkenbach-Alsenborn. Kommen sie vorbei. Es lohnt sich. Wer sich für Bildungspolitik interessiert und sich für bessere Schulen einsetzen will, der sollte sich die Podiumsdiskussion mit der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Doris Ahnen nicht entgehen lassen. Zur Belohnung gibt es am Schluss des Landeselternrats noch Anschauungsunterricht der besonderen Art. Der Computer- und Sicherheitsspezialist Götz Schartner nimmt die anwesenden Eltern mit auf eine „Reise in die Welt der Hacker und Cyberkriminellen.“

Kritik und Rückmeldungen wie immer unter:
leb@mbwwk.rlp.de

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz
Redaktion

Rudolf Merod (verantw. im Sinne des Presserechts; namentlich gekennzeichnete Beiträge verantworten die Autoren selbst)

Geschäftsstelle

Mittlere Bleiche 61; 55116 Mainz
Telefon 06131- 16 2926
Fax 06131- 16 2927
http://leb.bildung-rp.de
E-Mail: leb@mbwwk.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schullehrern über die Schulleitungen zugestellt. Auflage: 32.000 Stück
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13.01.2012

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Rudolf Merod, Max-Planck-Str. 32-34
54296 Trier, Tel.: 0651 - 99 178 14
E-Mail: rudolfmerod@web.de

Stellvertretende

Landeselternsprecher

Ralf Quirbach, Lindenallee 18,
56077 Koblenz, Tel.: 0261 - 77 993
E-Mail: ralf.quirbach@gmx.de

Dr. Thorsten Ralle, Beuthener Str. 3
67063 Ludwigshafen,
Tel.: 0151 - 2355 1225
E-Mail: thorsten.rale@t-online.de

Beisitzer

Barbara Appel, Uwe Fischer,
Markus Meier, Isabel Neubauer,
Dr. Alexander West

Regionalelternsprecher

Koblenz

Andrea Held, Malteserstr. 12,
55566 Bad Sobernheim, Tel.: 06751-6500
E-Mail: mail@held-andrea.de

Neustadt

Gerhard Zimmermann, Hofstr. 27
66894 Lamsborn, Tel.: 06372 - 1611
E-Mail: gerhard-lamsborn@t-online.de

Trier

Reiner Schladweiler, Im Bungert 1
54441 Temmels, Tel.: 06584 - 95 20 98
E-Mail: schladweiler@t-online.de

Unterrichtsausfall ist, wenn kein Unterricht stattfindet



Ministerin Doris Ahnen steht dem Landeselternbeirat Rede und Antwort zur Unterrichtsversorgung

Die Unterrichtsversorgung ist ein Dauerthema und die Auseinandersetzung damit zu Beginn jedes Schuljahres sozusagen ein Ritual: Eltern, Lehrerverbände und Opposition werfen der Regierung eine schlechte Unterrichtsversorgung vor und die Regierung versichert, insgesamt sei sie sogar gut. Doch in diesem Schuljahr war der Start mehr als holprig, das räumt sogar Ministerin Ahnen im Gespräch mit dem Landeselternbeirat ein. Die Kritik und die (An-)Klagen wollen nicht verstummen, so dass sie persönlich nicht nur mit dem Landeselternbeirat sondern auch mit verschiedenen lokalen und regionalen Arbeitsgemeinschaften von Schulelternbeiräten über die Unterrichtsversorgung spricht.

Die Tatsache, dass man die Überprüfung der Vertretungsverträge vor den Sommerferien in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt hat, war wohl ein Eigentor. Jetzt ist man um Schadensbegrenzung bemüht. „Das nächste Schuljahr wird besser vorbereitet sein als dieses“, versichert Ministerin Ahnen dem Landeselternbeirat.

Aber: Auch wenn die Landesregierung den Anspruch aufrechterhalte, die Schulen zu 100 Prozent zu versorgen, behalte sie sich doch vor, auch andere personalintensive Reformen zu realisieren, z. B. die Verringerung der Klassenmesszahl in der Grund-

schule und in der Orientierungsstufe aller Schulen im Sekundar I-Bereich, oder personalsparende Reformen nicht zu realisieren, wie z. B. die flächendeckende Einführung des G8-Gymnasiums. Da toleriere sie lieber ein geringes strukturelles Defizit, zumal das Versorgungs-Soll in Rheinland-Pfalz über die Erfüllung der Stundentafel hinausgehe.

„Ein besonders ernstes Problem ist der Mangel von bestimmten Fachlehrern“, betonen die Eltern. Betroffen sind bekannter Weise seit langem die Fächer Mathematik, Physik und Chemie. Ministerin Ahnen teilt die Einschätzung, dass dies im Zusammenhang mit der Unterrichtsversorgung ein wichtiger Teilaspekt ist. Obwohl die Zahl der Hochschul-Absolventen in diesen Fächern steigt und die Studienseminarkapazitäten erhöht wurden, wird die Versorgungssituation in diesen Fächern noch drei bis vier Jahre schwierig bleiben, schätzt die Ministerin.



Landeselternsprecher Rudolf Merod verlangt Transparenz, um das Vertrauen wiederherzustellen

Nicht an jeder Schule im Land ist das Versorgungsdefizit gering. Wenn der Unterrichtsausfall deutlich über dem Durchschnitt liegt, sollten sich die Schulleitungen und die Elternvertretungen an die ADD

und das Bildungsministerium wenden. Dem Landeselternbeirat verspricht die Ministerin ein offenes Ohr für Probleme von Einzelschulen. Sie wird jeden Problembericht genau prüfen und gegebenenfalls nachbessern.

Allerdings erwartet sie auch einen effizienten Umgang mit den personellen Ressourcen. In den Gymnasien sollte die Oberstufe nicht auf Kosten des Sekundar I-Bereiches wirtschaften. Für die Realisierung von seltener nachgefragten Leistungskursen können und sollen Gymnasien einer Stadt zum Beispiel kooperieren. Für nicht tolerabel hält Ahnen Unterrichtsausfall etwa wegen Elternsprechtagen, Konferenzen oder Betriebsausflügen.

„Was verstehen Sie eigentlich unter Unterrichtsausfall?“, wird Ministerin Ahnen gefragt. „Unterrichtsausfall ist, wenn kein Unterricht stattfindet“ lautet ihre Antwort. Diese Klarheit begrüßen die Mitglieder des Landeselternbeirats. Um Unterrichtsausfall zu erkennen oder festzustellen, braucht man kein Diplom. Man muss nicht unterscheiden können zwischen strukturellem und temporärem Ausfall. „Aber“, auch darauf legt die Ministerin wert, „vertretene Stunden sind keine ausgefallenen Stunden.“ Die Regulierung von Vertretungsbedarf ist natürlich ein wichtiges Thema. Der neu geschaffene Pool von 100 festen Vertretungskräften soll zunächst auf seine Wirksamkeit geprüft werden. Er reicht natürlich bei weitem nicht aus, um den anfallenden Vertretungsbedarf zu decken. Parallel dazu bleibt das Instrument der befristeten Verträge erhalten. Den kurzfristigen Vertretungsbedarf regulieren die allermeisten weiterführenden Schulen eigenständig mit PES.

Die meisten Landeselternbeiratsmitglieder zeigten sich zufrieden mit dem Verlauf des Gesprächs. Sie nehmen der Ministerin ab, dass sie sich für eine gute Unterrichtsversorgung einsetzt und ihre Prioritäten nach reiflicher Überlegung und nachvollziehbar setzt. Auch wenn manche finden, dass die 100-prozentige Qualität des Unterrichts wichtiger ist als jede einzelne gehaltene Stunde, so ist man sich doch einig darüber, dass der Landeselternbeirat auf einer 100-prozentigen Versorgung bestehen muss. Die Definition des Versorgungs-Solls geht zwar über die pure Erfüllung der Stundentafel hinaus, aber jede Schule braucht auch Spielraum für individuelle Förderung und für profilgebende Angebote. Gerade dieses Mehr an Unterstützung und Angebot macht eine gute Schule aus.

Marie-Charlotte Opper-Scholz

Erfahrungen eines PES-Lehrers

Um temporärem Unterrichtsausfall entgegen zu wirken, hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium im Schuljahr 2001/2002 das PES-System eingeführt, demgemäß externe Fachkräfte vorübergehend eingesetzt werden dürfen, um Unterricht zu erteilen. Die Abkürzung „PES“ steht für „Projekt Erweiterte Selbstständigkeit“. Für diesen Zweck steht der jeweiligen Schule ein jährlicher Geldbetrag zur Verfügung, der sich nach der Anzahl der Vollzeit-Lehrkräfte im Lehrerkollegium richtet.

Die Logik von PES: Der schulische Einsatz externer Fachkräfte, z.B. ein Berufs-Chemiker für den Chemie-Unterricht oder ein Tennistrainer für Sportunterricht, ist immer noch besser als gänzlich ausfallende Unterrichtsstunden.

Als ich vor einigen Jahren vom Leiter des Gymnasiums meiner Kinder gefragt wurde,



ob ich eventuell bereit wäre für 2-3 Monate zwei 10. Parallel-Klassen in Sozialkunde, Bereich Wirtschaft zu unterrichten, fühlte ich mich im ersten Moment geehrt, - und dann im zweiten Moment etwas verunsichert: Würde dieses Experiment gelingen, oder würde es in Misserfolg, Klassenzimmer-Chaos, Desinteresse der Schüler, sprich: in Peinlichkeit enden?

Da ich aber gerne Herausforderungen annehme, siegte dann der zaghafteste Mut und ich fing an, mich auf den kommenden Unterricht vorzubereiten.

Da PES-Lehrer in Abhängigkeit vom Qualifikations-Niveau bezahlt werden, musste ich zunächst von der Schule gemäß meinen Kompetenzen „eingeordnet“ werden, sowie viele Formularseiten mit persönlichen Angaben für die Gehaltsabrechnung ausfüllen. Wobei Letzteres eher lästig als arbeitsintensiv war. Die einfache Bekanntheit eines angebotenen Verdienstes hätte mir völlig genügt.

Als nächstes machte ich mich dann mit dem vom Ministerium vorgegebenen Lehrplan für „Sozialkunde 10. Klasse“ vertraut.

Am ersten Tag meines Einsatzes stellte mich der Schulleiter den beiden Klassen vor, wobei ich hoffte, dass weder er noch die Schüler mein Herzklopfen bemerken würden.

Zunächst einmal waren die Schüler daran interessiert zu erfahren, wer dieser fremde Kerl ist, und warum die Schule „Amateur-Lehrer“ in die Klassen schickt.

Um Verbindung aufzubauen stellte ich mich ausführlich vor, erzählte u.a. über meine früher gelegentlich schlechten Schulnoten und meinen damaligen Frust, und leitete dann über zum Alltag meines heutigen Berufslebens, wobei ich inhaltliche Verbindungen zum Lehrplan herstellte.

Nachdem das Eis gebrochen war, ließ ich die Schüler aus den von mir zuvor ausgesuchten 15 Themenbereichen diejenigen auswählen, für die sie ein gewisses Interesse bekundeten. Bereits die Abstimmungsdiskussion über Themenauswahl und Themeninhalte war für manche Schüler aufschlussreich.

Was mir anfänglich im Vergleich mit meiner eigenen Schulzeit ungewohnt vorkam, war ein gewisses „Dauer-Volksgemurmel“ in den hinteren Schülerreihen.

(Ich hörte später im Lehrerzimmer, das sei nicht nur bei mir so, sondern heutzutage „eher normal“). Ich versuchte dem entgegen zu wirken, indem ich mir Mühe gab den Unterrichtsstoff noch interessanter und praxisnäher darzustellen. Zudem bewegte ich mich beim Vortragen und Diskutieren häufig zwischen den Schülerreihen und stellte Augenkontakt her.

Über wesentliche Lehrstoff-Details hatte ich zuvor diverse Übungs- und Merkblätter angefertigt, und ließ die Schüler nach den Übungen diskutieren, warum einige ihrer Antworten falsch waren.

Wie zu erwarten gab es in beiden Klassen eine erhebliche Bandbreite, die von sehr interessierten „Schlaumeiern“ bis zu den eher Desinteressierten reichte. Ich musste dann der Versuchung widerstehen durch Befragen vorrangig der „Schlaumeier“ mir Erfolgserlebnisse zu verschaffen, und gab mir Mühe, vor allem die Nicht-Wissenden bzw. Desinteressierten in einen Dialog über das Thema zu verwickeln.

Von Vorteil war dabei, dass PES-Lehrer keine Noten geben dürfen. Die daraus resultierende entspannere Atmosphäre („nichts zu verlieren“) empfanden alle Beteiligten als vorteilhaft.

Sehr rasch wurde auch eine Erkenntnis bestätigt, die sich mit meinen langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Mitarbeitern deckt: Die Hauptursache für mangelhafte Leistungen sind meistens nicht zu schwach ausgeprägte intellektuelle Fähigkeiten, sondern vielmehr die momentane (längerfristig aber durchaus beeinflussbare) Motivationslage des Einzelnen.

Der Königsweg ist daher: Das Interesse durch geeignete Maßnahmen wach halten, ausdrückliches Lob (vor Zeugen) für besondere Anstrengungen & Leistungen, sowie äußerste Zurückhaltung mit (Dauer-)Kritik, welche häufig kontraproduktiv wirkt.

Am Ende meiner PES-Wochen verteilte ich in beiden Klassen Fragebögen, in denen jeder Schüler anonym meine Leistungen mit Schulnoten bewerten konnte.

Zu den Fragen gehörten u.a.: Wie interessant waren die Themen? Verwertbarkeit der Erkenntnisse im praktischen Leben? Waren meine Erklärungen verständlich? Wie gut konnte ich Verständnisfragen beantworten? Bewertung von Rhetorik & Kommunikationsverhalten. Und abschließend: Das Gesamturteil über mich als Aushilfslehrer.

Ich war angetan, dass mir die eine Klasse im Durchschnitt eine „1 vor dem Komma“ ausstellte, während mir die andere Parallelklasse eine 2+ gab.

Fazit: Die Unterrichtsmonate waren eine persönliche Bereicherung für mich. Möglicherweise habe ich dabei selbst mehr dazu gelernt als meine Schüler.

Klar wurde mir auch: Der Lehrerberuf kann mitunter hart sein. Es kann aber auch sehr erfüllend sein, zum Wachstum von anvertrauten Jugendlichen beitragen zu dürfen.

Michael Esser

Von Lehrermangel und Mangelfächern

Keine Lehrer in Mathematik, Physik und Informatik

Seit Jahren schon kämpfen Eltern gegen Unterrichtsausfall an den Schulen in Rheinland-Pfalz. Wie ein roter Faden zieht sich dieses Thema durch ganze Schülergenerationen und lässt in ihrem Engagement entnervte und enttäuschte Eltern zurück. Die Folgen der Mangelversorgung - Kürzung der Wochenstundentafel, größere Klassen und Einbußen der Bildungsqualität - sind nicht zu übersehen. Während die sprachlichen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer inzwischen sehr gut mit Lehrern versorgt sind, gibt es in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Informatik der Allgemeinbildenden Schulen einen großen Mangel an Lehrern und Lehrenachwuchs. „Das ist gefährlich. Insbesondere für ein Land, das sich als Industrie- und Exportnation versteht“, sagt Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und fügt an: „Bildung ist der einzige Rohstoff, den Deutschland hat. Damit dieser Rohstoff gepflegt und gemehrt werden kann, müssen - außer förderlichen häuslichen Umständen - die schulischen Rahmenbedingungen ideell, materiell und personell stimmen. „Ideell“ meint Bildungs- und Lernziele, Schulgesetze, Lehrpläne, Schulbücher, Niveaustandards. Zu den materiellen Vorgaben zählen: die Ausstattung der Schulen und die Schulbusnetze. Die wichtigste Bedingung für das Gelingen schulischer Bildung ist aber wohl das Personal, das Bildung vermittelt: die Lehrerschaft“.

Warum gibt es viel zu wenige Lehrer für die Mangelfächer?

Zum einen sehe ich als Ursachen politische Versäumnisse, zum anderen ein geringeres Interesse am Lehrerberuf, zumindest unter Studierenden in den sog. Mangelfächern. Die politischen Versäumnisse erläutert ein Memorandum des DL und weiterer Lehrerverbände: „Anders als in der Wirtschaft ist der Personalbedarf der Schulen recht gut prognostizierbar. Die entscheidenden Variablen sind zum Teil auf mehrere Jahrzehnte hinaus bekannt, nämlich

- die Altersstruktur der aktiven Lehrerschaft
- zumindest auf ein Jahrzehnt hinaus die Zahl der Schüler
- die Zahl der Lehramtsstudenten
- die politisch vorgegebene Größe der Klassen
- die politisch vorgegebene Zahl an Wochenstunden je Klasse.

Hier muss sich die Politik Versäumnisse vorrechnen lassen: Sie operiert zumeist kurzatmig nur im Zeitraum einer Legislaturperiode. Und sie rettet sich mit „Tricks“

über einen Mangel an Lehrern hinweg: Die Kürzung der Wochenstundentafel um eine Stunde verschleiert beispielsweise drei Prozent des Unterrichts- und Lehrerbedarfs, ebenso die durchschnittliche Vergrößerung der Klassen um einen einzigen Schüler; die wiederholt praktizierte Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsmaße der Lehrer um eine Stunde retuschiert sogar rund vier Prozent des Unterrichtsbedarfs. Diese „Tricks“ sind längst ausgereizt, und sie gingen zuletzt bereits zu Lasten der Qualität schulischer Bildung. Eine Politik, die auch zukünftig mit diesen Methoden handeln wollte, gefährdete die Zukunftschancen der jungen Generation auf eklatante Weise und steht in völligem Widerspruch zu dem Anliegen, die Bildungschancen der nachwachsenden Generation zu verbessern“. Um es ganz deutlich zu sagen: Welche Wertigkeit ein Bundesland der Bildung, also der Investition in die Zukunft, zuzuspricht, zeigt sich nicht zuletzt auch in der Finanzkraft mit der dieser Sektor ausgestattet ist.

Warum schwindet das Interesse am Lehrerberuf?

Drei maßgebliche Ursachen sind: Einkommen, Reputation und Belastung. Im gemeinsamem Memorandum des DL und weiterer Lehrerverbände heißt es dazu: In Bezug auf das Einkommen wird festgestellt, dass der Lehrerberuf für viele leistungs- und karriereorientierte junge Erwachsene nicht lukrativ sei. Bei passender Qualifikation böten sich potentiellen Junglehrern attraktivere Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft.

Das Ansehen der Lehrer in der Gesellschaft leidet seit Längerem: „Der Berufsstand der Lehrer wird seit Jahren öffentlich immer häufiger diskreditiert. Daran beteiligen sich führende Politiker, Wirtschaftsvertreter und Journalisten. Das öffentliche Image des Lehrerberufes hat darunter erheblich gelitten. Junge Leute lassen sich vom sinkenden Sozialprestige eines Berufes - wie in jedem anderen Berufsbereich auch - beeinflussen“.

„Die Tätigkeit eines Lehrers ist zunehmend belastender geworden. Dabei spielen die immer größeren sozialpädagogischen Erwartungen der Eltern und der Gesellschaft insgesamt an Schule, aber auch die zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten vieler Kinder eine Rolle. Gerade junge Leute, die ihre Schulzeit unmittelbar hinter sich haben, stehen unter dem Eindruck solcher Erfahrungen, und sie lassen sich bei der Entscheidung über die Wahl des Studienganges davon beeindrucken.“

Wie können mehr qualifizierte Lehrkräfte für die Mangelfächer gewonnen werden?

Das Memorandum des DL schlägt dazu u.a. folgende Maßnahmen vor:

„1. Werbung für den Lehrerberuf

Die Kultusministerien und die Arbeitsämter sind aufgefordert, unter den Abiturientenjahrgängen für den Lehrerberuf zu werben. Dies muss in einer Weise geschehen, die den Bedarf schulformspezifisch, fächerspezifisch, länderspezifisch und berufsspezifisch differenziert. Dabei sind alle gebotenen Mittel der Public Relations und der Publizistik zu nutzen.

2. Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes

Der Lehrerberuf muss materiell so ausgestattet sein, dass er mit anderen, konkurrierenden akademischen Berufen hinsichtlich Besoldung und Leistungsanreizen mithalten kann. Wenngleich nur langfristig wirksam, ist eine Image-Kampagne für den Lehrerberuf notwendig. Für viele potentielle Lehramtskandidaten ist die ideelle Anerkennung ebenso wichtig wie die materielle. Gesellschaft, Öffentlichkeit und Politik müssen Abstand nehmen von der Verbreitung von Vorurteilen über den Lehrerberuf und sich öffentlich zur Bedeutung des Lehrerberufes bekennen.

3. Förderung der europaweiten Mobilität der Lehrer

In begrenztem Umfang ist das Anwerben von Lehrern aus dem EU-Bereich denkbar. Die europarechtlichen und staatsrechtlichen Voraussetzungen dafür bestehen. Voraussetzung für die Aufnahme eines EU-Bürgers in ein Lehramt in Deutschland muss freilich sein, dass dieser Bewerber eine äquivalente Ausbildung hat, die deutsche Sprache sicher beherrscht und eine ein- bis zweijährige schulpraktische Anpassungsausbildung in Deutschland absolviert“.

„Nur wenn die pädagogischen Rahmenbedingungen verbessert werden“, so der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, „und die Wertschätzung des Lehrerberufes gestärkt wird, werden wir auch die notwendigen hochqualifizierten Bewerber bekommen.“

Doris Tatsch-Schmieden; doris.schmieden@t-online.de

Dem Unterrichtsausfall entgegenwirken

Eine ausgefallene Englisch-, Mathematik- oder auch Biologiestunde mag bei SchülerInnen durchaus mit Wohlwollen aufgenommen werden, zumindest in der Elternschaft wird sie mit Unverständnis und verständlichem Ärger registriert. Sind Eltern doch an einer guten Ausbildung ihrer Kinder interessiert, die natürlich durch nichtgegebenen Unterricht in Frage gestellt ist. Selbstverständlich lernen SchülerInnen nicht nur im Unterricht, jede ausgefallene Stunde ist jedoch eine vergebene Chance für das Lernen. Der Vermeidung von Unterrichtsausfall ist daher auf allen Ebenen höchste Priorität einzuräumen.

Was ist Unterrichtsausfall?

Im Allgemeinen wird Unterrichtsausfall definiert als das Abweichen von dem in den jeweiligen Stundenplänen vorgesehenen Unterrichtsumfang.

Erteilter Vertretungsunterricht gilt als Unterricht und sichert die Lernzeit. Auch Unterricht in anderer Form – das ist z. B. fächerübergreifender Unterricht oder Projektarbeit – können Abweichungen in „normalen“ Stundenplänen bringen. Dieser besondere Unterricht mit seinen Zielsetzungen und anderen Organisationsformen sorgt aber nicht für eine Veränderung des im Stundenplan vorgesehenen Stundenanteils der einbezogenen Fächer oder Lernbereiche. Daher wird von Unterrichtsausfall erst dann gesprochen, wenn Unterricht ersatzlos ausfällt.

Es soll in diesem Artikel nicht um die zur Verfügung stehenden Planstellen, Lehrerwochenstunden oder überhaupt vorhandenen Lehrkräfte gehen. Es ist ein bundesweites Phänomen, dass beispielsweise MathematiklehrerInnen händeringend gesucht werden. Völlig klar, dass ein Lehrer der nicht da ist, auch keinen qualifizierten Unterricht geben kann.

Hier soll vielmehr aufgezeigt werden, dass viele Schulen es selbst in der Hand haben, ob und wie viel Stunden nicht gegeben werden.

Wie lässt sich Unterrichtsausfall vermeiden?

In keiner Statistik wird erfasst, wie viele ausgefallene Stunden durch organisatorische Fehlplanungen der Schule selbst

zu verantworten sind. Und dafür gibt es zahlreiche Beispiele an immer noch zu vielen Schulen aller Schularten des Landes. Eine „gute“ Schule besitzt eine langfristige, schulorganisatorische Jahresplanung. Ziel einer solchen Planung ist primär die Sicherung von Unterricht und Lernzeit. Der planmäßige Unterricht, außerplanmäßige schulische Veranstaltungen und Unterricht in anderer Form müssen hier aufeinander abgestimmt werden. Entsprechende Termine sind somit langfristig bekannt.

Schwierig ist selbstverständlich das Nicht-Planbare, also z. B. kurzfristige Krankmeldungen der Lehrkräfte. Mit einem schuleigenen Vertretungskonzept lässt sich dieser Problematik aber auch adäquat begegnen. Dies beinhaltet u.a. eine interne Vertretungsbereitschaft. Vertretungen gehören zur Dienstaufgabe der LehrerInnen. In Fach- und Stufenkonferenzen vorbereitete Unterrichtsmaterialien und Arbeitsaufträge erleichtern dem Vertretungslehrer die Arbeit. Eine reine Hausaufgabenbetreuung ist kein Vertretungsunterricht und nicht zulässig!

Ein interessantes Hilfsmittel ist das Führen eines Unterrichtskontos für die SchülerInnen. Diese individuelle Statistik erfasst zuviel oder zuwenig erteilten Unterricht. Ziel des Vertretungskonzeptes ist die Sicherung der Qualität und der Kontinuität des Unterrichts. Dieses Konzept soll Nachhaltigkeit und Transparenz für alle Beteiligten schaffen und wird sinnvollerweise auch mit dem SEB diskutiert.

Von allen Schulen sollte daher verpflichtend gefordert werden, dass sie sowohl ein geeignetes Vertretungskonzept als auch ein verbindliches Fortbildungskonzept haben. Zu viele Stunden fallen aus, weil Lehrkräfte auf Fortbildung sind. Es geht hier nicht darum, deren Zahl zu limitieren, sondern die Teilnahme der LehrerInnen im Sinne der Schule zu optimieren. Der größte Teil der besuchten Fortbildungsveranstaltungen findet in der Unterrichtszeit statt. Dies ist nicht länger hinnehmbar! Die Angebote des Pädagogischen Landesinstituts und Anderer sind zukünftig vermehrt in die unterrichtsfreie Zeit zu legen!

Die Teilnahme an ganztägigen Fortbildungsveranstaltungen sollte in den jeweiligen Fachkonferenzen so abgesprochen werden, dass nur eine Lehrkraft pro Thema teilnimmt und diese dann die gewonnenen Erkenntnisse in die Fachkonferenz als Multiplikator trägt. Schulinterne Fortbildungen sind grundsätzlich in der unterrichtsfreien Zeit abzuhalten. Dafür kann z.B. die „Vorbereitungswoche“ (letzte Woche der Sommerferien), einer der vier zusätzlichen Ferientage oder ein Nachmittag genutzt



werden (an Ganztagschulen wäre dies der Freitagnachmittag). Viele Kollegien beklagen sich darüber, nur einen Studientag pro Schuljahr zu haben. Mit den o.g. Beispielen lässt sich deren Zahl vervielfachen, es sind halt nur „Studienhalbtage“!

Das Bildungsministerium sollte diese Konzepte im Interesse einer vernünftigen Ausbildung der SchülerInnen verbindlich festschreiben.

Eine gute Grundlage für die Ausarbeitung eines schuleigenen Fortbildungskonzeptes ist im Übrigen das Ergebnis der externen Evaluation durch die Agentur für Qualitätssicherung (AQS).

Ausfall durch Konferenzen und Elternsprechtage

Es ist allgemein bekannt, dass durch Lehrerkonferenzen und Elternsprechtage kein Unterricht ausfallen darf! Die erlebte Realität ist leider eine andere. Perfide wird es, wenn – tatsächlich so vorgekommen – SchullehrerInnenbeiräte damit unter Druck gesetzt werden, dass zukünftig keine Elternsprechtage mehr angeboten würden, wenn diese samstags stattfinden sollten. Partnerschaftliche Zusammenarbeit definiert sich anders.

Gleiches gilt für Konferenzen. In der Recherche für diesen Artikel habe ich stichprobenartig über das Land verteilt die Terminpläne zahlreicher Schulen durchgesehen und feststellen müssen, dass Fach-, pädagogische und Gesamtkonferenzen in Zeiten gelegt werden, in denen in den jeweiligen Schulen eigentlich Unterricht erteilt werden sollte. SchullehrerInnenbeiräte sollten darauf hinwirken, dass dieser Missstand abgestellt wird, die Schulaufsicht dies unterbinden. Ich habe selbst erlebt, dass

Gesamtkonferenzen auch für 17 Uhr angesetzt werden – nach Unterrichtsende. Geht doch! Und die Teilnahme einer Lehrkraft an einer Konferenz nach Unterrichtsschluss ist keine Sonderleistung, sondern dienstlicher Auftrag.

Wenn Fachkonferenzen ihre Termine individuell so planen, dass kein betroffener Kollege Unterricht hat, kann die Ansetzung natürlich problemlos früher erfolgen.

Klassenfahrten, Wander- und Studientage, Praktika

Die Terminierung von Klassenfahrten sollte immer ganze Jahrgangsstufen umfassen und wenn Eltern gefragt werden, nehmen diese oftmals auch gerne als Begleitpersonen teil – auch wenn die eigenen Kinder dies vielleicht nicht so gerne sehen werden. So können aber mehr Lehrkräfte in der Schule verbleiben. In diesem Fall ist ein Schulfahrtenkonzept hilfreich, welches selbstverständlich gemeinsam mit dem SEB zu erarbeiten ist.

Es gibt auch vermehrt Schulen, die einen Teil der Praktika in die Ferien legen.

Eine interessante Entwicklung ist in den „Karnevalshochburgen“ zu beobachten. Vermehrt gewähren Schulen ihren SchülerInnen am Donnerstag oder Freitag vor dem Karnevalswochenende einen zusätzlichen freien Tag – nach Absprache mit dem SEB natürlich. Dieser Tag wird an einem Samstag „vor“- oder „nachgearbeitet“. Einmal davon abgesehen, dass die ADD dies „offiziell“ gar nicht wissen darf, weil sie es sonst verhindern müsste, ist auch gar nicht eine 1:1 Kompensation der „verlegten“ Stunden gegeben. Da der Unterricht samstags spätestens um 13 Uhr endet, bedeutet dies für manchen Oberstufenschüler aber, dass nicht jede der am Donnerstag oder Freitag ausgefallenen Stunden tatsächlich nachgearbeitet wird. Gerne wird auch mal gar nicht unterrichtet, sondern ein gemeinsamer Besuch eines Cafés mit eingeplant. Begründet wird diese ganze Maßnahme damit, dass an diesen Tagen ein „normaler“ Unterricht ohnehin nicht möglich sei, da viele SchülerInnen zum Einen gar nicht erst erscheinen, andere wiederum angetrunken seien. Dies ist als eine Bankrotterklärung der erzieherisch Verantwortlichen zu werten!

Mehr Kooperation einzelner Schulen

Ein möglichst breitgefächertes Bildungsangebot ist sicher wichtig für die Profilbildung einer Schule. Jedoch muss es erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob ein Gymnasium tatsächlich die Kombinationsmöglichkeiten der MSS so weit ausschöpfen sollte, wie es oft geschieht. Denn kleine Teilnehmerzahlen in dem einen, haben häufig deutlich größere in einem anderen Kurs zur Folge.

Dazu kommt, dass vor allem bei Fachlehrermangel Unterricht zu häufig in unteren Stufen zugunsten der Oberstufe gekürzt wird (werden muss). Hier bieten sich vor allem in den Ballungszentren Kooperationsmöglichkeiten, die leider so gut wie gar nicht genutzt werden. Mit etwas gutem Willen ist es möglich, dass z.B. zwei benachbarte Gymnasien zwei jeweils kleine Kurse zu einem etwas größeren vereinigen, wodurch eine Lehrkraft „gewonnen“ wird. Bei Schulleitungen stößt dies nicht immer unbedingt auf Gegenliebe, sollen sie damit doch zumindest für eine gewisse Zeit eine Lehrkraft „teilen“. Dieses Fokussieren nur auf die eigene Schule ist nicht mehr zeitgemäß.

Der vergangene harte und schneereiche Winter sorgte für zahlreiche Schulausfälle im Land. SchülerInnen kamen nicht in die Schulen, weil Busse nicht fahren konnten. Es gab Kollegien, die spontan eine schulinterne Fortbildungsmaßnahme ansetzten. Allerdings haben auch zahlreiche Lehrkräfte ihre Arbeitsplätze nicht erreicht. Warum wird dieser ausgefallene Unterricht nicht an einem der nächsten Samstage nachgeholt? Sicherlich keine besonders populäre Forderung, wenn aber über ein Zuviel an ausgefallenen Stunden lamentiert wird, muss es erlaubt sein, auch darüber nachzudenken.

Besonders die Schulleiterbeiräte sind zukünftig mehr an diesen Diskussionen und Prozessen zu beteiligen. Dies schafft Transparenz und Akzeptanz und Elternvertretungen können mitentscheiden, wenn es um das Profil der Schulen geht. Und dies bezieht sich hier ausdrücklich auf die Schwerpunktsetzung bei der Unterrichtsversorgung, auch angesichts knapper personeller Versorgung.

Zu viele Schulleiterbeiräte kennen noch nicht den Unterschied zwischen Stundentafel und Stundenplan, wirken bei dessen Ausgestaltung nicht mit.

Dies alles nimmt politisch Verantwortliche nicht aus der Pflicht, noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, um eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Aber auch Schulleitungen, Kollegien und Lehrerverbände sollten sich nicht nur darauf beschränken, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu fordern, sondern im eigenen Bereich auch einmal zu überprüfen, was eventuell noch verbessert und verändert werden kann. Manchmal gilt es dann sich von liebgeordneten Gewohnheiten zu verabschieden.

Ralf Quirbach, stellvertretender Landeselternsprecher
Ralf.Quirbach@gmx.de



Antworten auf häufig gestellte Fragen

1. Wie wird die Lehrerwochenstundenzuweisung berechnet?

Für die Berechnung der Lehrerwochenstundenzuweisung gibt es je nach Schulart unterschiedliche Berechnungsformeln; vgl. Tabelle 1. Es gibt jeweils einen nach Schulart

| Berechnungsgrundlagen in Gliederungsplänen | | | |
|--|---------------|---------------|---|
| Schulart | Schülerfaktor | Klassenfaktor | Socket |
| RS+ | 0,60 | 22,0 | 5 abschmelzend/anteilig; gilt für 1. Jahr |
| RS | 0,34 | 23,5 | 6 |
| HS | 0,56 | 22,0 | 2 (Besonderheit: faktischer Klassenfaktor 27) |
| RGS | 0,60 | 21,0 | |
| DÖS | 0,56 | 23,0 | |
| GRS+ | 0,60 | 22,0 | 5 abschmelzend/anteilig; gilt für 1. Jahr |
| GHS | 0,56 | 22,0 | 2 |
| IGS | 0,52 | 25,9 | |
| GY | 0,20 | 26,6 | |

unterschiedlich hoch dotierten Schülerfaktor, der mit der Anzahl der Schülerinnen und Schüler einer Klassenstufe multipliziert wird, und einen Klassenfaktor, der mit der Zahl der in dieser Klassenstufe zu bildenden Klassen multipliziert wird. Die Produkte werden addiert.

Beispiel:

An einer RS+ sind in Klassenstufe 5 aktuell 156 Schülerinnen und Schüler angemeldet. Bei der Klassenmesszahl 25 für die Orientierungsstufe sind 7 Klassen zu bilden. Der Schülerfaktor für die Realschule plus ist 0,6, der Klassenfaktor 22,0:

$$156 \times 0,6 + 7 \times 22,0 = 248$$

Für die Klassenstufe 5 müsste die Schule also 248 Lehrerwochenstunden erhalten. Bei einer 30er-Studentafel werden bei 7 Klassen zur vollständigen Abdeckung 210 Lehrerwochenstunden benötigt. 38 Lehrerwochenstunden können für Förderung und zusätzliche Angebote genutzt werden. Pro Klasse sind dies 5,4 Lehrerwochenstunden. Nicht enthalten sind gesonderte Zuweisungen aus dem Pool der ADD für Förderung bzw. für Sprachförderung und die Lehrerwochenstunden für Ganztagsangebote, die das Soll an Lehrerwochenstunden erhöhen. Demgegenüber belasten Anrechnungstunden zum Beispiel für Leitungsaufgaben das Ist.

2. Was ist ein strukturelles Defizit?

Eine 100%ige Versorgung ist gegeben, wenn eine Schule alle Lehrerwochenstunden laut Formel und die ihr zusätzlich zuzuweisenden Stunden erhalten hat. Jede Abweichung nach unten wird als strukturelles Defizit bezeichnet. Aus dem Beispiel oben wird deutlich, dass ein strukturelles Defizit nicht zwingend Unterrichtsausfall zur Folge haben muss. Sie engt allerdings immer den Spielraum der Schule für individuelle Förderung durch zusätzliche Angebote ein.

Unter bestimmten ungünstigen Bedingungen kann möglicherweise selbst bei voller Lehrerstundenzuweisung zu Unterrichtsausfall kommen und die Studentafel nicht vollständig abgedeckt werden.

Beispiel:

In einer Klassenstufe eines Gymnasiums werden bei 100 Schülerinnen und Schülern

4 Klassen gebildet. Der Schülerfaktor für das Gymnasium liegt bei 0,2 und der Klassenfaktor bei 26,6:

$$100 \times 0,2 + 4 \times 26,6 = 126$$

Für diese Klassenstufe erhält die Schule also 126 Lehrerwochenstunden. Für die Abdeckung der Studentafel benötigt sie bei einer 30er-Studentafel und vier Klassen 120 Lehrerwochenstunden. Die verbleibenden 6 Stunden benötigt sie unter Umständen für einen erhöhten Differenzierungsbedarf, z. B. wenn im Fach Religion/Ethik, im nicht koedukativ unterrichteten Sportunterricht oder im Wahlbereich mehr Lerngruppen als Klassen gebildet werden müssen. Eine geringere Zuweisung von Lehrerstunden würde dann zu einer Kürzung im Vergleich zur Studentafel führen.

3. Was ist der Unterschied zwischen Studentafel und Stundenplan?

Der Stundenplan gibt Auskunft über den tatsächlichen für das Schuljahr geplanten Unterricht, während die Studentafel vorgibt, wie viele und welche Stunden in einer bestimmten Klassenstufe vorgeben sind. Für den Bereich der Sekundarstufe I sind in allen Klassenstufen 30 Wochenstunden Unterricht vorgeschrieben. Liegen die

Studentafel nicht-alssprachliches Gymnasium

| Unterrichtsfach/ Fachbereich | Klassenstufen | | |
|--|---------------|------------|------------|
| | 5-6 | 7-10 | Summe |
| 1. Pflichtbereich: | | | |
| Religion ¹ /Ethik | 4 | 7 | 11 |
| Deutsch | 9 | 15 | 24 |
| 1. Fremdsprache | 9 | 15 | 24 |
| 2. Fremdsprache ² | 0 | 15 | 15 |
| Mathematik | 8 | 15 | 23 |
| Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich: | | | |
| Erdkunde | [4] | [5] | [9] |
| Geschichte | [0] | [7] | [7] |
| Sozialkunde | [0] | [3] | [3] |
| Naturwissenschaftlicher Bereich: | | | |
| Physik | \ | [6] | [7] |
| Chemie | / [2] | [5] | [6] |
| Biologie | [4] | [5] | [6] |
| Künstlerischer Bereich: | | | |
| Bildende Kunst | [4] | [6] | [10] |
| Musik | [4] | [6] | [10] |
| Sport | 6 | 10 | 16 |
| Klassenleiterstunde/Förderunterricht | 2 | 0 | 2 |
| Summe | 56 | 120 | 176 |

Unterrichtswochen für den Pflichtbereich (also ohne die 3. Fremdsprache und ohne die Wahlfächer im Gymnasium) unterhalb von 30 Stunden, liegt ein struktureller Unterrichtsausfall vor.

Die Stundentafel der Sekundarstufe I ist eine sogenannte Kontingenzstundentafel, d. h. für die Stufen 5-6 und 7-10 werden Stundenkontingente für die einzelnen Fächer vorgegeben, die die Schule eigenverantwortlich auf die Klassenstufen verteilen kann. Zum Beispiel müssen im Gymnasium in den Klassenstufen 7-10 insgesamt 15 Wochenstunden Deutsch erteilt werden. Wie die Schule diese auf die einzelnen vier Klassenstufen verteilt, entscheidet sie selbst.

4. Was ist temporärer Unterrichtsausfall?

Temporärer Unterrichtsausfall kommt zum strukturellen Ausfall hinzu, wenn Lehrkräfte zeitweilig wegen Krankheit, Fortbildung oder Klassenfahrten fehlen und der Unterricht nicht vertreten wird. Der Verband Bildung und Erziehung hat darauf aufmerksam gemacht, dass durchschnittlich der temporäre Ausfall etwa doppelt so hoch ist wie das strukturelle Defizit.

| Unterrichtsversorgungsdefizite strukturell und temporär | | | |
|---|-------------|-----------------|-----------|
| Schuljahr | strukturell | temp. Nicht-PES | temp. PES |
| 2007/2008 | 1,8 % | 3,2 % | 2,5 % |
| 2008/2009 | 1,7 % | 3,0 % | 2,66 % |
| 2009/2010 | 1,5 % | 2,69 % | 2,88 % |
| 2010/2011 | 1,2 % | 2,69 % | 2,56 % |

Ergebnis der jährlichen Untersuchungen des MBWWK nach VBE Heft 9/11

5. Was ist PES?

PES steht für „Projekt Erweiterte Selbstständigkeit“ und beinhaltet, dass Schulen ihren kurzfristigen Vertretungsbedarf eigenverantwortlich regulieren sollen und dafür ein Budget und weitere Unterstützung erhalten. Die Schule muss dafür eine Vertretungsbereitschaft in der Schule und im schulischen Umfeld, also einen Pool an möglichen Vertretungskräften, aufbauen. Das gelingt je nach Region unterschiedlich gut, in Ballungszentren besser, im ländlichen Bereich schlechter. Außerdem ist natürlich die Qualität des Vertretungsunterrichts von Bedeutung. Der Vertretungsbedarf, die Regulierungsmaßnahmen und der verbliebene Unterrichtsausfall müssen in einer vorgegebenen Weise dokumentiert werden.

Lehrerwochenstundenzuweisung in der Grundschule aus: Verwaltungsvorschrift „Unterrichtsorganisation in der Grundschule“

- 2.1. Der Bedarf an Lehrerwochenstunden (LWS) ist abhängig vom Pflichtunterricht der Schülerinnen und Schüler, der Klassenbildung, der Bildung von Lerngruppen und weiteren Förder- und Differenzierungsangeboten. Als Soll an Lehrerwochenstunden für die einzelne Schule werden festgelegt:
 - 2.1.1 Für die Klassenstufe 1 wird eine Klassenpauschale von 13 LWS, für die Klassenstufe 2 eine Klassenpauschale von 14 LWS und für die Klassenstufen 3 und 4 eine Klassenpauschale von 18 LWS für jede Klasse, die nach der Klassenmesszahl zu bilden ist, und
 - 2.1.2 eine Pauschale von 0,38 LWS je Schülerin und Schüler,
 - 2.1.3 mindestens jedoch die für den Pflichtunterricht der Klassenstufe notwendigen Lehrerwochenstunden.
 - 2.1.4 Kombinierte Klassen erhalten zusätzlich 3 LWS.
 - 2.1.5 Die Schulbehörden erhalten ein Kontingenz an Lehrerwochenstunden, um aus pädagogischen oder organisatorischen Gründen, die schriftlich festzuhalten sind, zusätzliche Lehrerwochenstunden zuweisen zu können. Landesweit stehen hierfür 0,035 LWS je Schülerin und Schüler zur Verfügung.
 - 2.1.5.1 Besondere pädagogische oder organisatorische Gründe können sein: Förderung von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen, soziale Problematik im Schulbezirk, Ganztagsangebote, Teilnahme an Schulversuchen
 - 2.1.5.2 Bei diesen Lehrerwochenstunden gilt das Ist der Schule als Soll.

6. Wie errechnet man die demografische Rendite?

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen im Rahmen einer Modellrechnung schulartbezogen ermittelt. Demnach wird sich die Schülerzahl insgesamt im Vergleich zum Jahr 2011 bis 2016 um 58 500 verringern.

Die sogenannte „Demografische Dividende“ kann auf Basis der erwarteten Schülerzahlentwicklung wie folgt ermittelt werden: Für jedes Jahr wird unter Zugrundelegung der zuletzt verfügbaren Schüler-Lehrer-Relationen in den einzelnen Schularten der schülerbezogene Lehrkräftebedarf (in Vollzeitlehrereinheiten -VZLE) errechnet. Zusätzlich werden Sonderbedarfe berücksichtigt, soweit diese absehbar sind (beispielsweise auf Grund des „verpflichtenden Ansparens“). Die „Demografische Dividende“ ergibt sich aus der Differenz des errechneten

Lehrkräftebedarfs im betrachteten Jahr zu dem im Basisjahr. Ausgehend von einem Bedarf an Lehrkräften im Umfang von rund 35.700 VZLE im Jahr 2010 und einem erwarteten Bedarf von 32.600 VZLE im Jahr 2016 ergibt sich rechnerisch eine „Demografische Dividende“ im Umfang von 3.100 VZLE. Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen liegen seit Januar 2011 vor.

7. Was passiert mit diesen 3.000 VZLE?

Etwa 1.000 VZLE werden für die Verringerung der Klassenmesszahl in der Grundschule und in der Orientierungsstufe verwendet, die restlichen 2.000 VZLE sollen eingespart werden. Das kritisiert der Landeselternbeirat und fordert, diese frei werdenen Stellen für mehr individuelle Förderung und für Vertretung im System zu belassen.

Vorausberechnung der Schülerinnen und Schüler 2011 bis 2016:

| Jahr | Primarbereich ^{*)} | Sekundarbereich I ^{*)} | Sekundarbereich II ^{*)} | Förderschulen | Insgesamt |
|------|-----------------------------|---------------------------------|----------------------------------|---------------|-----------|
| 2011 | 143 100 | 239 400 | 182 200 | 14 600 | 579 300 |
| 2012 | 137 200 | 236 700 | 183 900 | 14 400 | 572 200 |
| 2013 | 135 000 | 226 900 | 188 000 | 14 000 | 563 900 |
| 2014 | 133 300 | 217 000 | 187 500 | 13 700 | 551 500 |
| 2015 | 131 800 | 207 900 | 183 900 | 13 500 | 537 100 |
| 2016 | 130 800 | 200 700 | 176 000 | 13 300 | 520 800 |

^{*)} Ohne Förderschulen.

Quelle: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Stand: Juli 2010.

Weiterentwicklung der Lernmittelfreiheit

Im kommenden Schuljahr geht die Lernmittelfreiheit (LMF), also die unentgeltliche und entgeltliche Ausleihe, in die dritte Runde.

Nachdem im letzten Jahr die weiterführenden Schulen der Klassen 5-10 und in diesem Jahr die Klassenstufen 11-13 teilnehmen konnten, wird in Sachen Ausleihe im nächsten Schuljahr der „Ernst des Lebens“ in den Grundschulen beginnen.

Ernst deshalb, weil in den ca. 900 neu ins Ausleihsystem kommenden Grundschulen der größte Teil der eingesetzten Lernmittel aus nicht wieder verwendbaren Arbeitsheften und Materialien besteht, also ganz anders geartet ist als an den weiterführenden Schulen. Dort sind die SchülerInnen sehr achtsam und pfleglich mit den ausgeliehenen Büchern umgegangen, so dass man angenehm überrascht war über den guten Zustand der Bücher bei der Rücknahme nach einem Jahr. Erwartet man dieses Verhalten auch von unseren Kleinsten?

Die Lebensrealität an der Grundschule sieht doch in mancherlei Hinsicht etwas anders aus. Abgesehen davon, ob Sechsober- oder Siebenjährige immer schon die entsprechende Sorgfalt im Umgang mit den Büchern haben, stellt sich die Frage, ob es vom Gesetzgeber wirklich so gemeint war, dass man auf der einen Seite zwar das individuelle Lernen in der Grundschule durch anschauliche Materialien, Methodenvielfalt und viele praktische Übungen fördern will, um beste Lernerfolge bei unseren Kindern zu erzielen, jedoch die finanziel-

len Belastungen für die Arbeitsmaterialien bei den zahlenden Eltern belässt, weil der größte Teil dieser Lernmaterialien nicht wiederverwendbar, also nicht gegen Geld ausleihbar ist?

Welchen Wert hat dann eine Ausleihe in diesem Bereich wirklich? Was ist mit den Büchern, in die die Kinder ihre ersten Schreibversuche und Mengenzuordnungen machen sollen? Was ist mit den Rechenwürfeln, Mengenplättchen, Zahlenstrahl und Hundertertafeln, Buchstabenhäusern und den vielen anderen, ja so wichtigen Hilfsmitteln, die dringend erforderlich sind, um fundiert Rechnen, Schreiben und Lesen zu lernen, die wichtigsten Grundfertigkeiten also für den späteren Schulerfolg?

„Was zählt nun wirklich? Geld oder Pädagogik?“ fragt mich so manch ein Elternteil. Und so mancher Schulleiter äußert, dass er das viel besser vor Ort organisieren könnte, wenn er nur das Budget dazu erhalten würde.

Hier kommt die Problematik einer entgeltlichen Ausleihe voll zur Wirkung: gegen Geld ausleihen kann das Land nur, was tatsächlich mehrmals benutzt werden kann. Also: Grundschulmaterial nur ganz bedingt. Der LEB hat schon seit Jahren auf dieses Problem hingewiesen: „Will man eine ehrliche Lernmittelfreiheit, dann muss sie auch tatsächlich eine solche sein“. Darum stand es für den LEB von vornherein fest, dass eine entgeltliche Ausleihe zwar ein begrüßenswerter Zwischenschritt sein kann, der die Familien entlastet, jedoch hin-

zur echten Lernmittelfreiheit führen muss, dann also die Familien tatsächlich befreit. Genügend andere Länder machen vor, dass es möglich ist, wenn man die Prioritäten entsprechend setzt und dann den Haushalt danach gestaltet.

Wir hoffen alle, dass es noch zu einer guten Lösung für die vielen individuellen Bedarfe bei den Lernmitteln für die Grundschulen kommt, damit möglichst für alle Familien eine gerechtere Entlastung spürbar wird. Wir hoffen auch, dass die organisatorischen Probleme zwischen Schulen und Schulträgern in einigen Kommunen endlich gelöst werden. Und dass der Server zukünftig dem Ansturm gewachsen sein wird.

Kostenlose Bildung von Anfang an ist ein hohes Ziel in unserem Land, aber sie muss auch die Lern- und Arbeitsrealität der jeweiligen Schularten berücksichtigen, sonst verfehlt sie das Ziel und verursacht nur viel Aufwand bei geringem Nutzen.

Vollen Nutzen für die Familien wird es erst dann geben, wenn die Politik nicht nur erkennt, sondern auch umfänglich danach handelt, dass die Bildung unserer Kinder eine gesamtstaatliche Aufgabe ist und von Allen finanziert werden muss. Dies tut sie schon bei der Lehrkraft und beim Schulgebäude, zukünftig geplant auch bei der Schülerbeförderung im Sek I-Bereich, aber sie sollte es auch im vollem Umfang bei den Lernmitteln tun, ohne dabei in anderen Bildungsbereichen zu kürzen.

Rudolf Merod, Landeselternsprecher
rudolfmerod@web.de

Aus der Stellungnahme zur Schulgesetznovelle

Weiterentwicklung der Schülerbeförderung

Die Landesregierung sollte im Rahmen der Novellierung des Schulgesetzes nicht nur auf die Anforderungen des VGH (vgl. Urteil des VGH vom 29.11.2010 VGH B11/10; wir berichteten in Ausgabe 1-2011 auf Seite 15) reagieren, sondern auch eine aktive und gestaltende Rolle über die Mindestanforderungen hinaus einnehmen.

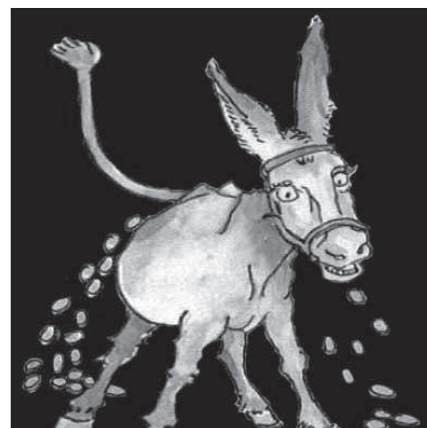
Aus Sicht des LEB ist die vorgesehene Neuregelung von § 69 Schulgesetz unzureichend:

- Es werden lediglich die Beförderungskosten übernommen, die bei der Fahrt zur nächstgelegenen Schulen zu übernehmen wären. Bei der Definition der nächstgelegenen Schule in § 69 Abs. 3 soll nicht nur die gewählte erste Fremdsprache sondern auch die pädagogische Ausgestaltung der Realschulen plus als integrativ oder kooperativ und des Gymnasiums als G8 oder G9 eine Rolle spielen.
- Ebenfalls ist die in § 69 Abs. 2 genannte Mindestentfernung des Schulstandortes von 4 km kritisch zu überprüfen. Die Entfernung von 4 km entspricht einem Zeitaufwand von ca. 60 min, was aus Sicht von uns Eltern unzumutbar ist. Insbesondere im Hinblick darauf, dass gerade die jüngeren Schüler häufig mit schwerem Gepäck (Ranzen, Sportzeug ggf. noch Instrument) unterwegs sind. Aus Sicht von uns Eltern ist eine maximale (einfache) Laufzeit von einer halben

bis dreiviertel Stunde für Schüler akzeptabel, dies würde maximal ca. 3 km bedeuten.

- Der LEB fordert außerdem, dass auch die Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II übernommen werden.

Natürlich dürfen die im Entwurf der Schulgesetznovelle genannten 15,3 Mio. Euro zur Finanzierung der Schülerbeförderung nicht aus den Titeln für die Personalkosten der Lehrer entnommen werden. Die Unterstützungsleistung für die Eltern darf nicht zu Lasten der Unterrichtsversorgung gehen.



Die Redaktion schlägt Ministerin Ahnen vor, sich ein neues Haustier anzuschaffen!

Ich bin der Meinung Komma dass

das Gymnasium genau so gut versorgt werden muss, wie die anderen Schularten!

Rund die Hälfte unserer Kinder in Rheinland-Pfalz besuchen nach der Grundschule das Gymnasium.

Eine erfreuliche Entwicklung - sagen die Einen. Zeigt es doch, dass die Anstrengungen der Grundschulen gute Früchte bringen und mehr Kindern denn je ein direkter Zugang zum Erreichen der allgemeinen Hochschulreife ermöglicht wird.

Ein riesiges Problem - sagen die anderen. Die Gymnasien sind so voll, dass sie aus allen Nähten platzen. Dieser scheinbare Widerspruch offenbart aber das momentane Dilemma: schon die 5er-Klassen sind bis zum Anschlag voll, kommen Wiederholer dazu, gibt es nur die Möglichkeit eine Klasse mit mehr als 30 Schülern zu bilden oder jemand anderes muss abgeschult werden, und das Problem wird an die Realschule Plus verlagert. Beides sind nicht gewünschte Resultate.

Am Anschlag sind auch die Schulleitungen bei ihrer internen Planung zur Stundenplangestaltung. Dadurch, dass dieses Jahr weniger Stunden ins System gegeben wurden, haben sie kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten. Es kommen sogar Kürzungen der Stundentafel vor, weil einfach das nötige Personal nicht zur Verfügung steht. Die Kollegien eines solch unterversorgten Systems unterrichten an ihrer Leistungsgrenze, oft überschreiten sie diese sogar, was längerfristig zur Erkrankung und dadurch zu noch mehr Belastung für die Übrigen führt, oder gleich zu Unterrichtsausfall. Sucht man nach der Ursache der knappen Lehrerversorgung an den Gymnasien so kommt man schnell zum wesentlichsten Faktor: der Lehrerwochenstundenzuweisung. Sie sieht im Vergleich zu den anderen Schularten wie ein Relikt aus früheren Zeiten aus und berücksichtigt kaum die gestiegenen Anforderungen an die Gymnasien. Sicher war es richtig, dass man durch die Schulstrukturreform die Zuweisungen für die Realschule Plus verbessert hat, damit das Kollegium überhaupt befähigt wurde, mit der Heterogenität der vorhandenen Schülerschaft umzugehen. Aber auch in der anderen Hälfte der Schülerschaft, die das Gymnasium besucht, gibt es eine neue Heterogenität. Wer hier noch von einer homogenen Lerngruppe träumt, der hat

den Wandel der Zeit einfach verschlafen. Was die Lehrkräfte heute leisten müssen, ist etwas ganz anderes, als noch vor 15 oder 20 Jahren. Randvolle Klassen und Kurse, die die gesamte Leistungsbreite abdecken, in viel zu kleinen Räumen und bei mangelnden Lehrmitteln zu unterrichten ist die heutige Realität. Hier noch das Recht des Kindes nach individueller Förderung zu erfüllen, ist realistisch gesehen kaum möglich, obwohl es dringend angesagt wäre. "Gute Schüler laufen von selber" ist ein Killerargument. Es verhindert den Mehr-

und mit dem dringend benötigten Personal auszustatten.

Die Erhöhung des Schülerfaktors von 0,2 in der Berechnungsformel der Lehrerwochenstundenzuweisung im Sek I-Bereich auf 0,4 würde bei einer Klasse mit 30 Schülern eine Verbesserung der Zuweisung von 6 Lehrerwochenstunden ausmachen (entsprechend die Anpassung in der MSS unter Berücksichtigung der enormen Schülerzahlen). Hierdurch würden die Schulen wieder in die Lage versetzt, nicht nur die Stundentafel

voll abzudecken, sondern auch zusätzliche Förderangebote für ihre Schüler zu realisieren. Man muss Schule die Chance geben, gut zu sein.

Dafür bietet gerade auch das Gymnasium enormes Potential. Die Weiterentwicklung der individuellen Förderung wäre „keine Floskel“ (1) mehr, sondern der Garant dafür, dass die Pädagogen alle Möglichkeiten ausschöpfen können, ihren Schülern den bestmöglichen Erfolg zu verschaffen. Wer bessere Leistung will, muss sich anstrengen, auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die oft erwähnten 2000 Lehrkräfte, die durch die rückläufigen Schülerzahlen rein rechnerisch zukünftig nicht mehr benötigt werden, sollten zum Erreichen der angestrebten Bildungsziele genutzt werden. Das würde mit Sicherheit eine hohe Rendite für Alle bringen.

Rudolf Merod, Landeselternsprecher
rudolfmerod@web.de



aus: Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Ausgabe 09/2011 mit freundlicher Genehmigung

wert an Verständnis für den Schüler und dadurch fundierten Wohlstand und geistigen Reichtum durch gute Förderung. Gute Schüler brauchen genau dieselbe gute Förderung wie alle Anderen, sonst kann man nicht ehrlich von Bildungsgerechtigkeit sprechen. Eine Steigerung des Gesamtbildungsniveaus muss auf der gesamten Leistungsbreite der Schülerschaft geschehen, ansonsten macht man sich nur etwas vor.

Darum ist es höchste Zeit, die Versorgung der Gymnasien erheblich zu verbessern

(1): Die SPD:

„Individuelle Förderung bleibt eine Floskel, wenn sie nicht untermauert wird mit bildungspolitischen Maßnahmen. Dazu gehört die bereits erwähnte Absenkung der Klassenmessenzen. Dazu gehören aber in erster Linie gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die eine Antwort auf die Frage haben: „Wie bringe ich den Schülern etwas bei?“

Die Grünen:

„Die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren sinkenden Schülerzahlen werden wir nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Freiwerdende Kapazitäten werden wir gezielt umlenken, um Unterricht mit einer besseren individuellen Förderung in Kleingruppen und eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften zu ermöglichen.“

Freude an Leistung – Motiviert und konzentriert auf einem guten Lernweg

Inspirierender Vortrag von Wolfgang Endres beim ersten Elternfachtag im Mainzer Rathaus

Trotz verlockender Spätsommertemperaturen zieht der Elternfachtag am Samstag, dem 24.09.2011, mehr als 100 interessierte Eltern an. Im Rahmen des neuen Elternfortbildungskonzepts lädt das Pädagogische Landesinstitut (PL) ein, und Staatssekretärin Vera Reiß begrüßt ein ausgesprochen fachkundiges Publikum im vollbesetzten Valencia-Saal.

In ihrem Eröffnungsstatement wirft Vera Reiß einen Blick zurück in ihre eigene Schulzeit. Einer ihrer Lateinlehrer hatte einen Kernsatz des Fachtags bereits beherrzigt: „Durch lehren lernt man.“ (Seneca) Eine wichtige und immer noch aktuelle Erkenntnis, wie Wolfgang Endres, der Referent des Vormittags, unterstreicht. „Die Beteiligung am eigenen Lernprozess, an Gesprächen und Leistungsbeurteilung sind wichtige Elemente schulischer Teilhabe von SchülerInnen“, so Vera Reiß.



Wolfgang Endres

Da passt es gut, dass Wolfgang Endres selbst Lateinlehrer ist. Seit 30 Jahren beschäftigt er sich im Studienhaus St. Blasien mit dem Thema „Lernen lernen“. Als ihm vor einigen Jahren ein Spickzettel in die Hände fällt, der bedauerndwert schlecht geraten ist, entschließt sich der Pädagoge, eine „Spickzettel AG“ anzubieten. Gut gemachte Spickzettel sind eine hervorragende Prüfungsvorbereitung, keine Anweisung zum Mogeln.

Hilf mir, es selbst zu tun.

„Hilf mir, es selbst zu tun“, ein Grundsatz von Maria Montessori, zieht sich wie ein roter Faden durch den Tag: aktives Handeln ermöglicht SchülerInnen sich Lerninhalte zu erschließen, je nach Alter und Fähigkeiten, denn „jedes Kind lernt anders“. Ihre angeborene Neugierde hilft dabei. Wie sehr sich Kinder beim Lernen anstrengen, wie viel Spaß ihnen das machen kann, wissen Eltern von kleinen Kindern. Beim Laufen lernen lassen sich die Kleinen nicht entmutigen. Sie rappeln sich nach jedem Hinfallen wieder auf und versuchen es aufs Neue. „Kinder wollen leisten!“, so Endres. Unbewusst gewöhnen wir Kindern viel zu häufig das Denken (und selbständige Handeln) ab. Optimal ist eine leichte Überforderung.

Keiner fällt gern aus dem Rahmen!

Die heterogene Zusammensetzung der Klassen macht es Lehrkräften schwer, eine Balance zwischen Über- und Unterforderung zu halten. Endres verdeutlicht die

Problematik am versammelten Auditorium. Durchaus heterogen zusammengesetzt, wie die Klassen der eigenen Kinder, signalisieren die TeilnehmerInnen mit Handzeichen ihre Bereitschaft im Kopf zu rechnen. Die gestellte Kopfrechnung teilt das Plenum etwa zur Hälfte. Gruppengrößen, mit denen der Einzelne gut leben kann, gleichgültig ob richtig oder falsch gerechnet. Keiner fällt aus dem Rahmen! Was aber, wenn

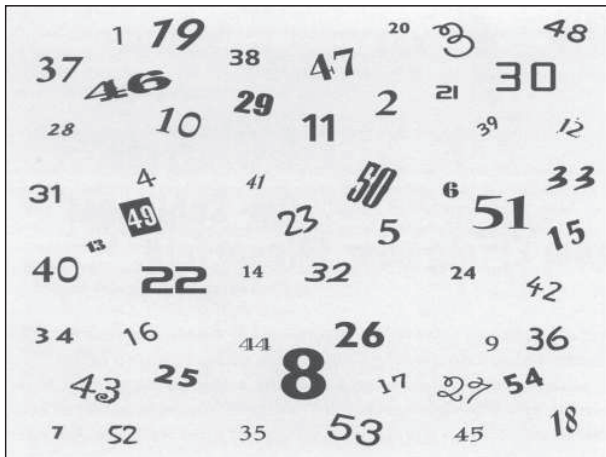
nur einige wenige richtige oder falsche Ergebnisse präsentieren? Dann fühlen sich die Herausgehobenen unbehaglich, so oder so. Die einen stehen als Versager, die anderen als Streber da. Für die Betroffenen eine Situation, die sie lieber vermeiden wollen. Schulalltag.

Zugang zu Lerntypen

Um einzelne SchülerInnen ihren Lernvorlieben entsprechend anzusprechen ist es wichtig, den Zugang der unterschiedlichen Lerntypen zum Lernen zu kennen. Da gibt es diejenigen, die Struktur brauchen und sich Übersicht durch bestimmte Ordnungssysteme verschaffen. Sie haben klare Zielvorstellungen, respektieren Regeln und nutzen Prioritäten und Checklisten um Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Der analytisch Forschende löst mit großer Ausdauer knifflige Aufgaben. Er begreift komplexe Sachverhalte schnell und überfordert andere bisweilen, wenn er ihnen diese erklärt. Diejenigen, die sich für bestimmte Lehrer besonders anstrengen, brauchen ein gutes „Betriebsklima“. Sie haben ein hohes Einfühlungsvermögen und ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden. Viele entscheiden sie intuitiv. Die Kreativen sind experimentierfreudig und suchen trotz höherem Risiko zu scheitern, gern alternative Lösungswege. Sie sind witzig, bisweilen ironisch und werden durch Zeitpläne und Ordnungssysteme eher gehemmt.

Nicht jede Lehrkraft passt zu jedem Lerntyp. Eltern wird es ebenso gehen. Im Unterricht sollte jedoch etwas für jeden dabei sein. Besonders anschaulich ist das Lernbeispiel der Paradoxon Intervention. Endres beschreibt, dass er seinen SchülerInnen wegen des großen Lernpensums in Latein 10 Vokabeln erließ. Sie sollten ihm jedoch bei der nächsten Stunde diese Vokabeln auf einem Zettel notieren. Es gab SchülerInnen, die keine Zettel abgaben, weil das Heraussuchen der Vokabeln schon gereicht hatte, um genau diese zu lernen (Lerntyp: Systematik).

Ein weiteres Beispiel aus dem Arbeitsbereich der Fluglotsen veranschaulicht, wie Methodenkompetenz Lernen unterstützen kann. In 10 Sekunden sollten die TeilnehmerInnen aus einem wirren Zahlenhaufen eine Reihe von 1 bis 10 bilden. Es gelingt nicht allen. In einem zweiten Versuch erhalten sie ein Raster, das Ordnung ins Chaos bringt. Jetzt reicht die Zeit erwartungsgemäß für alle aus. „Gewusst wie“



Zahlen-Chaos

oder die Kenntnis „mentaler Modelle“ erleichtert Lernen und hilft SchülerInnen erfolgreich zu sein.

Lernexperimente brauchen gutes Lernklima

Aber auch die beste Absicht wird nicht von schulischem Erfolg gekrönt sein, wenn kein gutes Lernklima besteht. Niemand ist für Lernexperimente bereit, wenn er sich nicht gewürdigt, respektiert und angenommen fühlt. Deshalb ist es so wichtig, dass die Beziehungen „stimmen“. Wie unterschiedlich einfachste Veränderungen z.B. im Ansprechen einer Gruppe wirken, demonstriert Endres mit seinem im Schulalltag praktizierten Begrüßungsritual. Er stellt sich ruhig vor die Klasse, nimmt mit jedem Blickkontakt auf und wartet bis sich die Unruhe gelegt hat. Das funktioniert. Alleine durch Stimmmodulation und Körperhaltung veranschaulicht er eine weitere Begrüßungssituation, die deutlich macht: Wir haben etwas zu klären. Auch hier tritt der erwünschte Effekt ein. Die Klasse reagiert mit der gewünschten Aufmerksamkeit.

Lerninhalte verankern

Endres nutzt räumliche Positionierung, um schwierige Lerninhalte besser zu verankern. Für schwierige Lateinische Grammatikkonstruktionen suchen sich die SchülerInnen Orte im Klassenzimmer, wo sie den jeweiligen Lerninhalt „verorten“. Am jeweiligen „Anker-Ort“ wird der Lerninhalt leichter erinnert. Eine Lernmethode, die auch zuhause funktionieren kann. Dieses Nachspüren der eigenen Lernvorlieben und das bewusste Nachdenken darüber „wie lerne ich“ gibt Sicherheit. Sich seinen eigenen Stärken bewusst werden und immer wieder solche Lernsituationen herbeiführen oder suchen heißt, Verantwortung für den eigenen Lernfortschritt zu übernehmen.

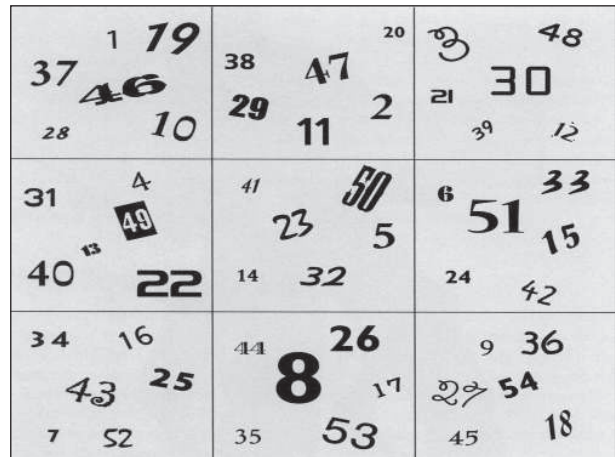
Zusammenfassen lässt sich der Vortrag von Endres durch folgendes Zitat: „Lernen braucht Erlebnis und Erfahrung, aber auch Übung und Systematik. Lernen gelingt in dem Maße, wie sich beide ergänzen. Lernen ist ein individueller Prozess, der sich aber in einem sozialen Kontext vollzieht. Lernen ist angewiesen auf kooperatives Handeln, auf Erforschen und Erproben. Neugierverhalten, Lernfreude und Ernsthaftigkeit bilden den Kern von Bildung. Die wichtigste Aufgabe der Schule ist es, Lernen so anzulegen, dass daraus Bildung werden kann.“



So soll Lernen nicht aussehen!

Lernmöglichkeiten für Eltern in Fachforen

Auch die Foren im Nachmittag bringen wichtige Erkenntnisse, die dem gut besetzten Abschlussplenum rückgemeldet werden. „Potentiale entdecken – Stärken fördern“ (Ressourcen stärken bei Lernschwierigkeiten) betreut das schulpсихologische Team Boesen/Lillig. Hier lernen Eltern das Programm „Ich schaffs! – cool ans Ziel“ als Werkzeug zur Begleitung von Veränderungsprozessen bei Kindern und Jugendlichen kennen. Ausdrücklich steht dabei das Anknüpfen an Ziele des Kindes im Zentrum des Veränderungsprozesses, anstelle von elterlichen Erziehungszielen. Im Forum „Lernen unterstützen mit digitalen Medien“ (Friederichs/Karger, Medienkompetenz im PL) erhalten vor allem Eltern mit Kindern in der Grundschule Hinweise und Tipps für den Schulalltag. Aus Forum „Lernschwierigkeiten“ (Fördermöglichkeiten bei Teilleistungsschwierigkeiten und ADHS) kommt die Rück-



Zahlen mit Systematisierungshilfe

meldung ans Bildungsministerium, dass in Schulen zu wenig für SchülerInnen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) und Legasthenie getan wird. Existierende Regelungen sind nicht bekannt oder werden nicht angewendet. Eltern müssen sich kundig machen und stoßen auf Unverständnis bzw. Widerstände in Schulen, wenn Sie die Vorschriften umgesetzt sehen wollen. Hier brauchen die Betroffenen Unterstützung vor Ort.

Im Forum „Das Lehrer-Schüler-Elterngespräch“ (Weindel-Güdemann) wird deutlich, wie wichtig eine strukturierte Gesprächsvorbereitung und -führung für alle schulischen Gespräche ist. Das Gesprächskonzept ist jedoch nur an Grundschulen zu einem Zeitpunkt Pflicht. Weiterführende Schulen können, müssen es jedoch nicht nützen. Hier kommt die Zusage von Seiten des Bildungsministeriums, das Konzept den Schulen noch einmal zu kommunizieren.

Das Forum „Konflikt- und Mobbing Erfahrungen“ (Auswirkungen auf das Lernen, Erkennen und der Umgang damit aus Elternsicht) wird vom schulpсихologischen Team Stübinger/Appel geleitet. Da Mobbing als Gruppenprozesse an Schulen Realität sind, müssen sich alle Beteiligten damit auseinandersetzen. Wichtig ist das genaue Hinschauen, um Mobbingprozesse von normalen Streitigkeiten und Konflikten zu unterscheiden. Erst nachdem die unterschiedlichen Rollen, Motive und Auswirkungen berücksichtigt sind, kann sinnvoll gehandelt werden. Dabei gilt: Prävention vor Intervention!

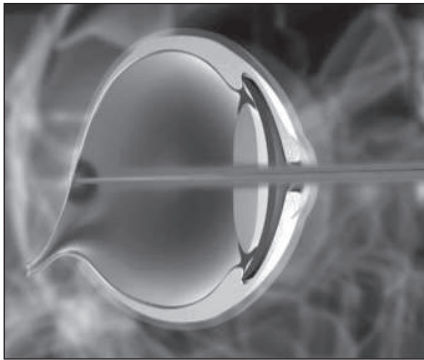
Oliver Appel für das PL und Jutta-Lotze Dombrowski für das Bildungsministerium führen kompetent und erfrischend durch den Tag und fassen die Tagungsergebnisse zusammen. Sie verabschieden die TeilnehmerInnen mit dem Versprechen, dass es im nächsten Jahr wieder einen Elternfachtag zu einem interessanten Thema geben wird.

Das kann voll ins Auge gehen

Laserpointer - fürs Auge gefährlich

Immer mehr Lehrerinnen, Lehrer, aber auch Schüler benutzen im Unterricht oder bei Präsentationen Laserpointer, die meist grünes, rotes oder blaues Laserlicht emittieren.

Was aber passiert, wenn der Laserstrahl das Auge trifft?

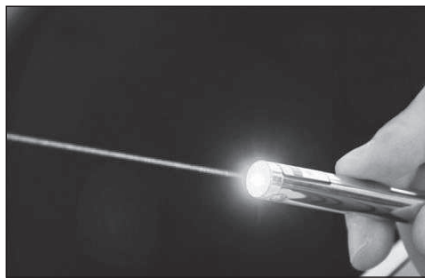


Querschnitt durchs Auge

Grundsätzlich wird mit dem Laserlicht Energie übertragen. Je stärker sie ist, umso mehr sind die Haut und vor allem die Augen gefährdet. Durch das besondere Linsensystem des Auges wird der einfallende Laserstrahl extrem gebündelt. Hierbei kommt es auf der Netzhaut zu einer 30.000-fachen Verstärkung der Energie. Diese Energie reicht aus, um ein irreparables Loch in die Netzhaut zu brennen.

Der falsche Umgang mit Lasern kann zu Schäden im Auge oder auch zu Verbrennungen auf der Haut führen. Auch bereits ein reflektierter Laserstrahl kann gefährlich sein.

Die billigsten Laserpointer werden im außereuropäischen Ausland, meist China oder Russland, hergestellt. Im Urlaub sind sie auf Märkten preiswert zu erstehen. Bei ebay oder anderen Auktionshäusern werden sie von vielen ausländischen Händlern angeboten.



Solche Laser haben meist eine wesentlich höhere Ausgangsleistung als deklariert, geschuldet ist das einer Fabrikationen, bei der aus Kostengründen die Ausgangsleistung nicht beschränkt wird und auf Sicherheit kein großer Wert gelegt wird.

Die Nutzung dieser Laserpointer ist in Deutschland oftmals verboten, trotzdem werden sie immer wieder eingesetzt. Im Gegensatz hierzu gibt es auch „augensichere“ Laserpointer, die der Laserklasse 1, unter bestimmten Bedingungen auch noch der Laserklasse 2 angehören dürfen.

Der LEB ist für ein generelles Verbot von nicht überprüften Laserpointern in allen rheinland-pfälzischen Schulen.

Scheuen Sie sich nicht, jeden Nutzer eines Laserpointer zu fragen, ob sein Laserpointer auch augensicher ist. Kann der Nutzer diese Frage nicht positiv beantworten, sollte er ihn nicht weiter benutzen.

Jürgen Saess, LEB

Schullelternsprecher in seiner Funktion wie ein Beamter

Vor dem Verwaltungsgericht Trier [Az. 5 K 969/10.TR] war eine Klage einer Lehrerin gegen den Schullelternsprecher einer Realschule im Kreis Trier Saarburg anhängig. Die Klage wurde am 19.01.2011 abgewiesen. Die Kosten der Klägerin auferlegt.

Das Verfahren war vorab beim Landgericht Trier anhängig. Das LG Trier kam zu dem Ergebnis, dass der ordentliche Rechtsweg bei den Zivilgerichten nicht gegeben ist. Äußerungen eines Mitglieds des Schullelternrats im Rahmen dieser Funktion können nicht vor dem Zivilgericht angegriffen werden. LG Trier 5 O 256/09 vom 26. Juli 2010.

Aus den Entscheidungsgründen einige interessante Passagen, die für die Rechte und Pflichten eines jeden Mitglieds eines Schullelternbeirats in Rheinland-Pfalz künftig Relevanz haben:

- So, wie eine bei Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben getätigte Äußerung der hinter dem Beamten stehenden Körperschaft zugerechnet wird, ist auch der Widerruf eine Amtshandlung, für die nur die Körperschaft in Anspruch genommen werden kann (vgl. hier BVerwG Beschluss vom 27. Dezember 1967 – VI B 35.67, DÖV 1968, 429; BGH, Beschluss vom 19. Dezember 1960 – GSZ 1/60 -, BGHZ 34, 99 ff.; OVG Rheinland-Pfalz, a.a.O.). Diese Erwägungen müssen zur Überzeugung des Gerichts auch auf den vorliegenden Fall übertragen werden.
- **Zwar ist der Beklagte als Schullelternsprecher kein Beamter.** Er steht aber in einem dem Beamtenverhältnis vergleichbaren Verhältnis, **denn er übt als Vertreter des Schullelternbeirats ein öffentliches Ehrenamt aus** (vgl. hierzu auch Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 23. April 2004 – 8 Sa 2120/03 -, juris) und ist bei seiner Amtsausübung nicht, wie zum Beispiel gemäß § 30 Abs. 1 Gemeindeordnung ein Gemeinderatsmitglied, weisungsfrei, **sondern als Vertreter des Schullelternbeirats an dessen Beschlüsse gebunden, so dass die von ihm abgegebenen Äußerungen von deren Adressaten der Institution Schullelternbeirat zugerechnet werden.**
- Allerdings kann dieser selbst mangels eigener Beteiligungsfähigkeit im Sinne des § 61 VwGO nicht verklagt werden. Insoweit muss nämlich Berücksichtigung finden, dass gemäß § 41 Abs. 1 SchulIG Schullelternbeiräte an allen Schulen gebildet werden, so dass sie letztlich Teil der jeweiligen Schulen sind, die ihrerseits gemäß § 73 Satz 2 SchulIG nicht rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts darstellen.
- **Dies hat zur Folge, dass passivlegitimiert für das Begehren der Klägerin letztlich nur das Land Rheinland-Pfalz sein könnte,** denn die Schulen sind gemäß § 73 Satz 1 SchulIG ungeachtet der in § 76 SchulIG geregelten Schulträgerschaft grundsätzlich staatliche Schulen, nicht aber kommunale Schulen.

Publiziert am 26/09/2010 von Rechtsanwalt Rainer Schons
auf der Seite: <http://www.fachanwalt-arbeitsrecht-trier.de/page/3/>

Gastbeitrag

Elterninitiative gegen Rechts

Hilfen für Eltern von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen

Ein Elternbericht:

„Vor einem halben Jahr erfuhren wir von der Klassenlehrerin unseres 16jährigen Sohnes, dass Jan durch fremden- bzw. jüdenfeindliche Sprüche aufgefallen sei und sie auch sonst „ungute“ Veränderungen an ihm wahrnehme.

Wir waren natürlich beunruhigt und sprachen Jan ganz konkret darauf an. Er stritt alles ab. Als ich dann aber einige Tage später beim Putzen in seinem Zimmer eine CD von einer Gruppe mit Namen „Blitzkrieg“ fand, inspizierte mein Mann und ich abends seine Sachen. Dabei stellten wir fest, dass Jan noch mehr rechte CDs besitzt. Wir fanden dann auch verschiedene Zeitschriften und Aufkleber, die unsere Befürchtungen verstärkten. Am nächsten Tag stellten wir ihn zur Rede.

Er teilte uns mit, dass er national gesinnt sei und jetzt zu den „Nationalen Sozialisten“ gehöre. Von denen gäbe es mehr, als wir glaubten und die seien auch ganz anders, wie man von irgendwelchen Gutmenschen, Lehrern oder so erzählt bekäme. Wir bräuchten uns keine Sorgen machen. Er werde sich aber von Niemandem abbringen lassen, dabei mitzuhelfen, dass in Deutschland wieder Leute das Sagen bekommen, die für Recht und Ordnung sorgten. Ganz besonders hinsichtlich der Ausländer, die sich größtenteils nicht anständig benehmen, was er ja selbst schon am eigenen Leibe erfahren habe.

Mein Mann und ich waren entsetzt. Wir appellierten an seine Vernunft und bemühten uns, Jan die notwendigen Argumente mitzuteilen, die ihm deutlich machen sollten, dass er auf dem absolut falschen Weg sei. Es nutzte nichts. Er entgegnete uns meistens sinngemäß, dass wir unsere Gehirnwäscheversuche einfach sein lassen sollten.

Ab dieser Zeit änderte sich einiges. Meinem Mann - und insbesondere mir - ging es überhaupt nicht gut. Wir konnten einfach nicht verstehen, wie das passieren konnte und was wir in unserer Erziehung falsch gemacht hatten.

Dann wurden wir im Internet auf die rheinland-pfälzische Elterninitiative gegen Rechts aufmerksam. Wir trauten uns tatsächlich, dort anzurufen. Die Beraterin konnte natürlich nicht bewirken, dass Jan schnell wieder „normal“ wurde. Aber sie hat uns sehr geholfen, diese schwierige Zeit zu überstehen und doch gut mit Jan in Kontakt zu bleiben und auch Einfluss auf ihn zu nehmen.“

Entsetzen und die Angst, den Sohn oder die Tochter zu verlieren, lähmen oftmals Eltern, deren Kinder sich ausländerfeindlich oder rassistisch orientieren. Die Familien sind häufig die ersten Leidtragenden. Sie müssen sich mit stark veränderten bzw. problematischen Verhaltensweisen und Einstellungen des rechten Familienmitgliedes auseinandersetzen: entsprechender Kleidungscode, das Hören rechtsextremer, martialer Musik, die weitestgehende Aufgabe des bisherigen Freundeskreises und Interessen, steigender Alkoholkonsum, Hinwendung zu Gewalt und die Verweigerung von konstruktiven Gesprächen können dafür Beispiele sein. In aller Regel kommt es irgendwann zu Problemen in der Schule, am Arbeitsplatz oder im sonstigen sozialen Umfeld. Schnell geraten rechte Jugendliche in Situationen, die sie in Kontakt mit Polizei oder Justiz bringen.

Die Erziehungsberechtigten bekommen häufig die Anfänge des Abgleitens in die rechte Szene gar nicht mit. Umso dramatischer ist es dann, wenn sie feststellen müssen, dass der Sohn oder die Tochter schon tief im braunen Sumpf stecken. Argumenten der Eltern wird mit grundsätzlicher Ablehnung oder sogar mit Aggression begegnet. Vernünftige Gespräche oder ein

wirksamer erzieherischer Einfluss auf die Jugendlichen werden fast unmöglich.

In solchen Situationen ist es ratsam und ein Zeichen elterlicher Kompetenz, professionelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Diese wird in Rheinland-Pfalz durch die von der Landesregierung getragene „Elterninitiative gegen Rechts“ geleistet, die sich insbesondere an Eltern rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher wendet.

Elternberater und -beraterinnen mit fundiertem Wissen über die rechte Szene und die besonderen Aspekte der Lebensphase Jugend stehen für telefonische Beratung oder auch für persönliche Kontakte zur Verfügung. Erreichbar ist die beim Landesjugendamt ansässige „Elterninitiative gegen Rechts“ unter der Telefonnummer 0 61 31 - 967 520, per Email an elterninitiative@lsjv.rlp.de.

Die Beratung kann auf Wunsch anonym erfolgen. Sie ist vertraulich und kostenlos. Fachkräfte, die mit betroffenen Eltern in Kontakt sind, werden ebenfalls unterstützt.

Weiterführende Informationen der Elterninitiative für betroffene Eltern sind auch zu finden unter: www.komplex-rlp.de, (Elternbereich).

Infokasten:

Broschüre: „Rechte Sprüche in der Klasse“

www.schleswig-holstein.de/DE/Service/BroschuerenKrimi/rechteSprueche.html

Projekt: Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage

www.schule-ohne-rassismus.org/rheinland-pfalz.html

Weitere Projekte zum Themenbereich Rechtsextremismus im Landesjugendamt:

- Aussteigerprogramm RAUSwege: Tel.. 0800-45 46 000

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

www.beratungsnetzwerk-rlp.de

- Komplex: Rheinland-pfälzische Informationsplattform Rechtsextremismus:

www.komplex-rlp.de

- Rückwege - Auf der Schwelle zum Extremismus: Tel.. 0800-45 46 000

- MAPs: Mediale Aktionsprojekte: maps ist das neue Gemeinschaftsprojekt des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung mit dem Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V. Es ist eine neue Initiative gegen Rechtsextremismus und wird vom Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ gefördert. E-mail: team@maps.rlp.de

Alle Eltern und an Schule Interessierte sind herzlich eingeladen!

20. Landeselterntag Lernen fürs Leben Wie lassen sich Schulleistungen effektiv fördern?

am Samstag, den 05. November 2011 von 9:00 bis 16:45 Uhr
in der IGS Enkenbach-Alsenborn
Am Mühlberg 23-25; 67677 Enkenbach-Alsenborn

| | |
|---------------------|---|
| Programm: | |
| bis 9:00 Uhr | Anreise, Begrüßungskaffee |
| 9:15 Uhr | Musikvortrag |
| 9:30 Uhr | Begrüßung und Eröffnungsstatements |
| 10:15 Uhr | Plenarvortrag zum Thema: Lernen fürs Leben |
| | Prof. Dr. Dieter Rombach, Uni Kaiserslautern |
| anschließend | Diskussion mit Bildungsministerin Doris Ahnen, Landeselternsprecher Rudolf Merod, Referent Prof. Dr. Dieter Rombach, Schulleiter Jörg Neurohr und Unternehmer Johannes Heger |
| | Moderation: Helmut Riedl, LEB |
| 12:30 Uhr | Mittagessen |
| | Besuch der Info-Stände des LEB und seiner Partner |
| 14:00 Uhr | Foren zu verschiedenen Themen |
| 16:00 Uhr | Abschlussplenum mit Götz Schartner |
| | Eine Reise in die Welt der Hacker und Cyberkriminellen* |

Wir bitten um Anmeldung an die Geschäftsstelle des LEB (Postadresse und E-Mail-Adresse im Impressum auf Seite 2) oder unter <http://leb.bildung-rp.de>. Wir versenden keine Anmeldebestätigung! In der Tagungspauschale von 10,- € ist das Mittagessen enthalten. Für Kinder kostet das Mittagessen 4,- €.

Fitnesskurs für Eltern und Elternvertreter

Kostenloses Fachwissen für engagierte Eltern gab es am 17.09.11 bei einem Tagesseminar zum Thema „Rechte und Pflichten für ElternvertreterInnen und Eltern“ im Gebäude der Grundschule in Birkenfeld. Die Teilnehmer tauschten sich ganz praktisch über Alltägliches der schulischen Elternarbeit aus: wie lassen sich Klassenelternabende effektiv und interessant durchgeführt werden. Wie wird der Schulbuchausschuss gebildet? Welche Möglichkeiten haben Eltern bei der Unterstützung der Lehrer? Welche Hierarchie ist zu beachten, wenn es mal Probleme gibt? Aber auch die gesetzlichen Grundlagen kamen nicht zu kurz. Was wird von Elternvertretern im Rahmen des Schulgesetzes erwartet? Was kann der Schulelternbeirat tun, um gemeinsam mit Schulleitung und Lehrkräften die Schule zu einem angenehmen Lebensraum zu gestalten. Anschließend wurde in Kleingruppen gearbeitet und am Nachmittag konnten

die noch offenen Fragen behandelt werden. Wie kann ich mich als KES einbringen? Welche Ziele sind wichtig für den SEB? Wer ist mein Ansprechpartner für die verschiedenen Dinge im Schulalltag? Wie kommt ein Schulbuch auf die Schulbuchliste?

Zu der Elternfortbildung waren 30 Eltern gekommen. Schon bei der Anmeldung hatten sie ihre Fragen und Interessengebiete schriftlich einreichen können. Die Teilnehmer waren sehr motiviert und engagiert, es herrschte eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Man lernte sich kennen, tauschte sich aus, offene Fragen wurden geklärt. Auch der Humor kam nicht zu kurz. Die Veranstalter konnten davon ausgehen, dass die angereisten Eltern aus dem Tagesseminar viele wertvolle Tipps für die Arbeit an ihren Schulen mitnehmen konnten.

Nicola Mattes, Elternnetzwerk Rheinland-Pfalz

Die Elternfortbildungsveranstaltungen werden jetzt auf Anfrage auch lokal durchgeführt. Bitte richten Sie Ihre Anfrage an: Gabriele Weindel-Güdemann; E-Mail: gabwg@t-online.de; Fax.: 06232-43329

*Eine Reise in die Welt der Hacker und Cyberkriminellen

Chatten und Twittern, Online Banking, Einkaufen im Netz, Downloads - das sind Errungenschaften der neuen Zeit. Verbunden mit immensen Gefahren und Risiken für die, die sich nicht ausreichend schützen: Götz Schartner ist einer der besten deutschen Profi-Hacker. Er berät Banken und Behörden. Er prüft Unternehmen weltweit auf Sicherheitsmängel und Sicherheitslücken. Er hält Vorträge und demonstriert Jugendlichen, welche dramatischen Folgen der sorglose Umgang mit Handy und Internet haben kann. Landeselternsprecher Merod konnte ihn für den Landeselterntag in Enkenbach-Alsenborn gewinnen. Er wird die Teilnehmer im Abschlussplenum darüber aufklären, welche Pflichten sie bei der Nutzung der „neuen Medien“ ihrer Kinder beachten müssen. Götz Schartner zeigt, wie eine altersgerechte Beaufsichtigung unter Wahrung der Privatsphäre der Kinder und Jugendlichen praktisch und technisch durchgeführt werden kann.